

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom: 17. Juli 2024

Arbeit fördern statt höhere Sozialtransfers

Wolfgang Steiger

lehnt eine „Kindergrundsicherung“ ab und fordert, dass Transfereinkommen dadurch keinesfalls gegenüber Arbeit noch attraktiver gemacht werden darf.

Eine „Kindergrundsicherung“ als politische Forderung klingt erst einmal unheimlich sozial und lässt uns vielleicht innerlich nicken. Wer missgönnt schon Kindern eine soziale Absicherung? Aber was ist für Kinder das Beste? Schon bei der Alternative, mehr Geld als Sozialleistung für Eltern oder bessere Ausstattung von Schulen und Kindergärten – und damit mehr Zukunftschancen, wird klar: Einfache Antworten gibt es nicht.

In alle Regelsätze für Sozialleistungen in Deutschland sind, so ist es auch verfassungsrichterliche Forderung, längst die Grundbedürfnisse eingeflossen. Die Eltern erhalten solche staatlichen Transfers direkt überwiesen. Deshalb klingt es zwar nett, eine „Kindergrundsicherung“ einzuführen, aber wir müssen das gesamte Haushaltseinkommen betrachten. Arbeit muss sich verglichen mit Transfereinkommen stärker lohnen. So dürften mit einer „Kindergrundsicherung“ letztlich keine höheren Geldzahlungen an Haushalte im Arbeitslosengeld II-Bezug fließen. Das aber sieht der Gesetzentwurf zur „Kindergrundsicherung“ genau vor: eine deutliche Aufstockung. Die Gefahr wächst somit, dass sich manche Eltern eher im Bezug von Sozialleistungen dauerhaft einrichten, statt sich aktiv eine Beschäftigung zu su-



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsverbandes der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

chen.

Arbeit ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für Integration und der beste Schutz vor Armut. Dies gilt selbstverständlich auch für die Kinder, die von ihren erwerbstätigen Eltern versorgt werden. Erwerbstätige Eltern sind als positive Rollen-Vorbilder für ihre Kinder ganz besonders wichtig. Dagegen kann eine pauschalierte höhere „Kindergrundsicherung“, die an die Eltern ausgezahlt wird, sowohl deren Arbeitsanreize senken als auch in manchen Fällen in den privaten Konsum fließen und den Kindern vorenthalten werden.

Statt höherer Transfers an die Haushalte sind deshalb konkrete, individuelle Förderangebote und stärkere Arbeitsanreize für die Eltern entscheidender Ansatz. Es muss auch verhindert werden, dass

sich ganze Familien im Bezug von Sozialleistungen einrichten und sich solches Verhalten in die nächste Generation vererbt. Wenn wir dazu noch die hohe Zahl von Migranten, die von Sozialleistungen leben, in Betracht ziehen, müssen wir die effizienteste Form der Integration unterstreichen: durch Arbeit und durch Teilhabe am Leben mit uns allen.

Zu guter Letzt noch zur generellen Haushaltsdisziplin: Ohne die Schuldenbremse und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen Herbst hätte Finanzminister Christian Lindner in der Ampelkoalition kaum Handhabe gegen die „Kindergrundsicherung“ gehabt, nachdem sie zuvor von SPD und Grünen in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt worden ist. Das belegt auch, dass nicht zuerst angebliche Investitionen durch die Schuldenbremse verhindert werden, sondern höhere konsumtive Ausgaben, die im Sozialbereich letztlich die Leistungsanreize untergraben und so das Wachstum sogar bremsen.

Die FDP wird deshalb vom Wirtschaftsrat darin bestärkt, bei der Schuldenbremse und gegen weitere Ansprüche standhaft zu bleiben. Wirklich „gespart“ wird ohnehin nicht, wenn man sich nur weniger teure Mehrausgaben-Programme leistet – und den Bundeshaushalt aktuell mit gut 40 Milliarden Euro neuen Schulden plant.